



Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Begrüßung

Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Bernhard Vogel

Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung:

**„Konsolidieren oder investieren –
Strategien für den Schuldenabbau“**

Mittwoch, 20. Juni 2007, 18.00 Uhr

Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung

Berlin

Anreden

Ihnen allen ein herzliches Willkommen in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung – zur Diskussion einer der elementarsten staatspolitischen Fragestellungen überhaupt. Bereits Ende des 18. Jahrhunderts – die französische Revolution war nicht mehr fern – formulierte der schottische Moralphilosoph David Hume: **„Entweder eine Nation zerstört die öffentliche Verschuldung, oder die öffentliche Verschuldung zerstört die Nation!“**

Müssen wir uns heute, rund 200 Jahre später, ähnlich große Sorgen machen. Was ist Sache? Was ist zu tun? Um nicht anders geht es uns heute Abend, wenn wir fragen: **Konsolidieren oder investieren– Strategien für den Schuldenabbau.**

Niemand wird es bestreiten: Die öffentliche Verschuldung ist beängstigend hoch. Unsere Gebietskörperschaften – Kommunen, Länder, Bund – sind mit 1.500 Milliarden Euro verschuldet, der Bund davon allein mit 950 Milliarden Euro. Jährlich geben die öffentlichen Haushalte fast 65 Milliarden Euro an Zinsen aus – pro Einwohner ungefähr 800 Euro. Für Bildung und Forschung sind es nur wenig mehr: rund 1.050 Euro pro Einwohner. Selbst im letzten Jahr, 2006, einem Jahr mit einem erfreulichen Wirtschaftswachstum von 2,7 Prozent, machte der Bund noch 28 Milliarden Euro neue Schulden. Würde man ab sofort jährlich 20 Milliarden Euro zur Schuldentilgung verwenden, würde es 75 Jahre dauern, die gesamte Staatsschuld zu tilgen.

Aber auch das ist nicht die ganze „fiskalische Wahrheit“. Die ausgewiesene Staatsverschuldung beträgt etwa nur ein Viertel der tatsächlichen finanziellen Zukunftslasten unseres Landes – ich nenne als Beispiel die Belastung unserer Sozialversicherungssysteme durch die demographische Entwicklung. Ein kleiner Teil dieser Belastung wird schon heute durch den Bundeszuschuss von rund 80 Mrd. Euro pro Jahr an die Gesetzliche Rentenversicherung deutlich.

Gibt es angesichts dieser Lage überhaupt noch Hoffnung? Der Blick zu unseren europäischen Nachbarn zeigt: Grund zur Mutlosigkeit besteht trotz der Größe der Aufgabe nicht.

Dänemark hat seit Mitte der 1990er Jahre seinen Schuldenstand von 73 auf 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes reduzieren können, Irland im gleichen Zeitraum sogar von 82 auf 25 Prozent. Mit Ausnahme von Frankreich und Deutschland ist von fast allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union erfolgreich Schuldenabbau betrieben worden.

Und vergessen wir nicht: Den öffentlichen Schulden in Deutschland steht ein beachtenswertes öffentliches Vermögen gegenüber. Allein den Wert der öffentlichen Straßen beziffert das Bundesamt für Statistik (2005) mit 240 Mrd. Euro. Würde, was zunehmend geschieht, die öffentliche Haushaltsführung in Form der doppelten Buchführung (Doppik) anstelle der Kameralistik erfolgen, ergäbe sich – ohne sich die Dinge schön zu rechnen – ein weniger einseitiges Bild der Lage, das zeigt: Nicht Verzweifeln, Handeln ist angesagt!

Selten standen die Chancen besser: Die Steuereinnahmen entwickeln sich, wie jeder weiß, zurzeit überaus günstig. Allein die jüngste Steuerschätzung vom Mai

2007 sagt rund 180 Mrd. Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen für die Jahre 2007 bis 2010 voraus. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel prognostiziert gar, dass bereits in diesem Jahr ein nahezu ausgeglichener Finanzierungssaldo erzielt wird und Deutschland gesamtstaatlich ohne neue Schulden auskommen kann. Wie es aussieht, wird es gelingen, die Staatsausgaben auf ein Niveau von unter 45 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zurückzuführen und damit auf den niedrigsten Wert innerhalb der letzten 10 Jahre zu senken.

Noch sind die Spielräume für zukunftssichernde Akzente aber eng bemessen: Knapp ein Drittel des Bundeshaushalts fließen in die Gesetzliche Rentenversicherung, rund 15 Prozent geben wir für Zinsen aus, weitere 15 Prozent werden gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit aufgewendet. Insgesamt liegt der Anteil der staatlichen Beihilfen am Bruttoinlandsprodukt ein Drittel über dem Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten (2005). Gleichzeitig ist der Anteil der staatlichen Investitionen (Bruttoanlageinvestitionen) am Bruttoinlandsprodukt in den vergangenen 10 Jahren um ein Drittel zurückgegangen und liegt derzeit rund 40 Prozent unter dem Durchschnitt der EU-Länder. Also: Wir geben wesentlich mehr für Subventionen und erheblich weniger für Investitionen aus als der Durchschnitt der europäischen Mitgliedstaaten!

Gibt es vor diesem Hintergrund Leitplanken für eine zukunftsfähige Haushalts- und Schuldenpolitik? Drei möchte ich nennen:

Die aktuelle Entwicklung der Steuereinnahmen zeigt, dass eine *einnahmenseitige* Konsolidierung der Staatsfinanzen wesentlich durch ein hohes Wirtschaftswachstum ermöglicht wird: So wichtig die Sparsbemühungen des Finanzministers sind: Ein „Herauswachsen“ aus der Verschuldung fällt politisch leichter, als sich „herauszusparen“!

Stark zunehmende Steuereinnahmen dürfen kein Anlass sein, um ausgabenseitige Konsolidierungsbemühungen zu vernachlässigen. Dazu gehört nicht unbedingt ein weniger an staatlichen Leistungen. Kahlschlag ist bestimmt keine Lösung. Aber dazu gehört ein modernes, verantwortungsvolles Leitbild staatlichen Handelns: Effizienz bei der Erfüllung staatlicher Aufgaben, das ständige Bemühen um eine verbesserte Qualität öffentlicher Dienstleistungen. Eine Kritik staatlicher Aufgaben ist vorzunehmen: Was ist Sache des Staates, was können andere besser? Was sind unsere Prioritäten?

Ein Spitzenplatz in Bildung und Forschung, eine moderne öffentliche Infrastruktur, günstige Bedingungen, dass junge Menschen eine Familie gründen, gute Rahmenbedingungen für den effizienten Umgang mit Energie und Rohstoffen, um nur einige Beispiele zu nennen wird es auch notwendig sein, die positiven Entwicklungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite um institutionelle Absicherungen einer nachhaltigen Finanzpolitik zu ergänzen:

Ein gesetzlich festgeschriebenes *Schuldenverbot* ist vorgeschlagen worden und wird kontrovers diskutiert. Nicht nur, weil sich die Finanzpolitik dadurch eines Mittel zur Abfederung wirtschaftlicher Schwankungen beraubt, sondern weil sich auch die Frage stellt, wie der Verstoß gegen das Verschuldungsverbot bestraft werden kann.

Alternativ ist eine *Schuldenbremse* im Gespräch, die eine „atmende Finanzpolitik“ ermöglichen soll. Das heißt: Stabilisierung der Wirtschaft durch staatliches Handeln kann in Zeiten ökonomischer Schwierigkeiten sinnvoll sein. Nur müssen wir künftig darauf achten, dass in Zeiten hohen Wachstums die öffentlichen Haushalte wieder ausgeglichen werden – zum Beispiel mit Hilfe eines „Ausgleichskontos“, wie es der Sachverständigenrat vorgeschlagen hat.

Weitere Überlegungen über mögliche institutionelle Änderungen betreffen zum Beispiel die *goldene Bilanzregel* in Art. 115 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes, nach der die Neuverschuldung eines Jahres nicht über den Investitionen liegen darf. Was ist künftig unter Investitionen zu verstehen? Wie lässt sich eine *Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts* (Art. 109 Abs. 4 GG), von der man inzwischen glauben könnte, sie sei mehr die Regel als die Ausnahme, präzisieren?

Wenn der Staat Wachstumsanreize setzt und Wachstumshemmnisse abbaut, ernsthaft daran geht, Staatsaufgaben, Subventionen und Bürokratie auf ihre Effizienz und Wirksamkeit zu überprüfen, sind ein ausgeglichener Staatshaushalt und eine nachhaltige Finanzpolitik die naheliegende Folge und ist Schuldenabbau keine Utopie.

Die heutige Veranstaltung soll den Blick für das Mögliche und Notwendige in der Haushaltspolitik schärfen – mit Hilfe des baden-württembergischen Finanzministers Gerhard **Stratthaus** MdL, der in einem Land, das schon heute die drittniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aufweist, für eine weitere Konsolidierung steht. Verehrter Herr Minister Stratthaus, wir freuen uns auf Ihren Vortrag und heißen Sie herzlich willkommen!

Mit Hilfe von Herrn **Professor Bofinger**, einen der so genannten „fünf Wirtschaftsweisen“, der stets mutig und kontrovers seine Meinung sagt – nicht zuletzt im Gutachten des Sachverständigenrates vom März 2007, dessen zentrale Inhalte beim Thema „Staatsverschuldung wirksam begrenzen“ er nicht mitgetragen hat und ein Minderheitsvotum abgab. Verehrter Herr Prof. Bofinger, wir freuen uns auf Ihren Standpunkt und danken Ihnen, dass Sie ihn heute hier in die Diskussion einbringen wollen! Seien Sie herzlich begrüßt!

Ebenso herzlich begrüße ich Herrn **Steffen Kampeter** MdB, den haushaltspolitischen Sprecher der CDU/CSU im Deutschen Bundestag! Die sonst eher für ihre Zurückhaltung bekannte Frankfurter Allgemeine Zeitung hat ihn ehrend als „**Spielverderber**“ für allzu große Ausgabenbereitschaft bezeichnet. Lieber Herr Kampeter, seien Sie uns herzlich willkommen!

Als weiteren Experten auf unserem Podium begrüße ich Herrn **Dr. Hans Reckers**, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank. Ludwig Erhard zählte „**stabiles Geld**“ zu den wirksamsten Mitteln der „**Sozialpolitik**“. Und weil dafür stabile Staatsfinanzen und ein ausgeglichener Staatshaushalt wichtige Voraussetzungen sind, danken wir Ihnen, verehrter Herr Reckers, dass Sie das Problemfeld der Staatsverschuldung um die währungspolitische Perspektive erweitern werden.

Und schließlich freut es mich, den Moderator vorzustellen: **Thorsten Alsleben** vom ZDF Hauptstadtstudio und noch dazu Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

Die Konrad-Adenauer-Stiftung will mit dieser Veranstaltung und mit ihrer Arbeit in der Abteilung „Politik und Beratung“ zur Entwicklung eines modernen Staatsverständnisses beitragen: zum Beispiel bei der Begleitung der Föderalismusreform II oder der Grundsatzprogrammdiskussion der CDU.

Wir wollen deutlich machen: Es geht weniger um das „Ob“, sondern um das „Wie“ staatlichen Handelns, nicht um die bei vielen Angst auslösende Formel des Staatsabbaus, sondern um verbesserte Formen von Governance auf allen politischen Ebenen.

„Das deutsche Volk krankt seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung vom Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson. Es hat den Staat zum Götzen und auf den Altar erhoben. Die Einzelperson, ihren Wert und ihre Würde hat es diesem Götzen geopfert.“ (Konrad Adenauer, 1946)

Unser Gesellschaftsmodell von der Sozialen Marktwirtschaft antwortet darauf. Sie will einen handlungsfähigen Staat, einen Staat, der von seinen Bürgern akzeptiert wird, der effizient arbeitet, der für sozialen Ausgleich sorgt, der aber den Menschen nicht nur mit seinen materiellen Bedürfnissen sieht, sondern ihn auch mit seiner individuellen Leistungsfähigkeit wahrnimmt, der nicht für den einzelnen voraus denkt. Der Staat darf nicht in dem Sinne vorsorgend sein, dass er den Menschen Vorschriften macht und ihnen Entscheidungen abnimmt. Er soll den einzelnen den Weg frei machen für eine eigenverantwortliche Entwicklung und, wo das nicht möglich ist, ihm die Chance eröffnen, gleichberechtigt am Wirtschaftsleben teil zu nehmen und ihn fördernd zu begleiten.

Der Staat soll die Bürger nicht bevormunden, sondern helfen sie zu befähigen. Und dazu müssen wir den Staat in die Lage versetzen – auch, indem wir über Konzepte des Schuldenabbaus diskutieren.

Sehr verehrter Herr Minister Stratthaus, Sie haben das Wort!